



Putins Aggressivität in der Ukraine – Ohne wirksame Antwort des „Westens“

Dr. Klaus Olshausen

September 2014

Vorbemerkung

Die Lageentwicklung in und um die Ukraine in den letzten Augusttagen hat erneut bestätigt, dass Putin vor Ort in der Ost-Ukraine und in der strategischen Kommunikation zu seiner Bevölkerung, aber auch zur Beeinflussung der internationalen Öffentlichkeit immer wieder mit Erfolg die Initiative ergreift.

Die Regierung in Kiew kann diesen Aktionen politisch und mit ukrainischen Streitkräften kaum etwas Wirksames entgegensetzen. Und die EU, wie NATO und USA agieren im Wesentlichen verzögert und reaktiv. Solange die neue Art des Krieges Russlands gegen die Ukraine nicht als offensiv-aggressiver antiwestlicher Kurs Putins gesehen und behandelt wird, können auch das abgeschlossene Assoziationsabkommen mit der EU und die immer im Nachgang zu ‚fait accompli‘ Putins beschlossenen Sanktionen der westlichen Staaten nicht verhindern, dass die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine massiv beschädigt und über wesentliche Teile des Landes verloren ist und gehen wird.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

1. Der nächste russische Akt vollzieht sich vor den Augen der EU und der NATO.

Vor über einem halben Jahr hat Putin die Krim annektiert nach einem neuen militärisch-politischen Verfahren, auf das weder Kiew im Umbruch nach der Flucht von Janukowitsch noch der „Westen“ d.h. die USA, NATO und die EU, eine verhindernde Antwort parat hatten.

Spätestens seit dem 26. August 2014 muss allen Regierungen der EU und der NATO klar sein, dass Putin mit russischem Militär (verdeckt oder offen) einen weiteren territorialen Gewinn anstrebt – entweder für eine dauerhafte Landverbindung zur Krim oder als „Faustpfand“ für die Neugliederung der Ukraine nach russischen Vorstellungen.

2. Trotz dieser absehbaren Entwicklungen verkündet unsere Bundeskanzlerin noch am Sonntag, man wolle auch vernünftige Beziehungen“ zu Russland erhalten. Der Außenminister spricht auf der Botschafterkonferenz immerhin von der neu gestellten Frage von Krieg und Frieden. Er erkennt, dass aus dem gewollten Partner ein „Widerpart“ werden kann. Das führt zurzeit weder zu deutlichen Maßnahmen gegen Putins Russland noch zu einer intensivierten – auch militärischen – Unterstützung der Ukraine.
3. Alle politisch-ökonomische Unterstützung durch die EU und das unterzeichnete Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine sind mittelfristig von großer Bedeutung. Aber jetzt gilt es, die Ukraine, deren Souveränität, territoriale Unversehrtheit und Unabhängigkeit alle lautstark im Munde führen, als einen ‚distinct partner‘ der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden in ihrem Krieg gegen russisch gesteuerte Kräfte und angreifende russische Truppenteile vor Ort und wirksam zu unterstützen.
4. Es zeigt sich, dass die ggf. längerfristigen Wirkungen der Sanktionen gegen Russland Putin keinesfalls von seinem Kurs abbringen, die Ukraine weiter zu destabilisieren, ja zu amputieren. Der Westen bindet sich die Hände, da er jede militärischen Schritte ausgeschlossen hat und sogar die militärisch-materielle Hilfe und Beratung für die ukrainischen Streitkräfte geringer hält als die jetzt von den USA und anderen Ländern vorgesehenen militärischen Lieferungen an den Irak bzw die Kurden im Nordosten.
5. Ganz im Sinne der Feststellung von Carl von Clausewitz, dass kein Staat, der in der Sache eines anderen auftreten wird, diese so ernst nimmt wie seine eigene, wird deutlich, dass man letztlich im „Westen“ doch bereit ist, faktisch die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine hintanzustellen und damit das Bekenntnis für die eigenständige, freie Entscheidung über ihren politischen Weg zu konterkarieren.

Die am 28. August 2014 einberufene Dringlichkeitssitzung der OSCE müssten alle Staaten der EU, der NATO und andere nutzen, um von Russland ultimativ die Zurücknahme aller militärischen Kräfte aus der Ukraine zu fordern und für den Fall der Unterlassung drakonische Maßnahmen gegen Russland wegen des anhaltenden Verstosses gegen alle Grundsätze der OSCE Vereinbarungen vorbereiten.

6. Die Berichte vom 28. August über eine neue (verdeckte) russische Front in der Ukraine belegen, was der Gesichtsausdruck von Putin (s. FAZ v. 27.08.14) bei dem Handschlag mit Präsident Poroschenko am Dienstag in Minsk ausdrückte: „Dir werde ich es zeigen!“ Putin erkennt die Hilflosigkeit des Westens gegen seine



doppelbödiges Politik der verbalen Zustimmung zu Poroschenkos Friedensplan einerseits und der massiven militärischen (Gegen-)Offensive in der Ost-Ukraine andererseits.

7. Die Hoffnung oder gar Erwartung, dass die Erkenntnisse des »Westens« über Absichten und Planungen Russlands im Allgemeinen und Putins im Besonderen umfassender und klarer sind als in den Monaten, ja Tagen vor dem Georgienkrieg im Sommer 2008, scheinen sich nicht zu bestätigen. Und sollte man beides besser einschätzen, dann fehlt doch eine angemessene, zeitgerechte (Re-)Aktion. Es ist leider offensichtlich, dass Putin die Initiative vor Ort weder gegenüber der Ukraine noch gegenüber dem „Westen“ verloren hat.
8. Die Staaten der NATO und der EU sollten endlich auch für die Lage vor Ort in der Ost-Ukraine eine wirkungsvollere Aktivität entfalten.

Denn, um Außenminister Steinmeiers Argumentation zum Nordirak aufzunehmen, auch in der kriegerischen Lage in der Ukraine stehen die Staaten vor der Abwägung. Einerseits steht das Prinzip, in der Ukraine-Krise, ja im Krieg in der Ostukraine, keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen. Andererseits kann ein bereits über Monate anhaltender russisch-ukrainischer Krieg zur Destabilisierung ganz Osteuropas führen und die politische Ordnung der Charta von Paris und der OSCE aus den Angeln heben.

Wenn russische Soldaten so massiv (wie am 28.08. morgens gemeldet) in und gegen die Ukraine kämpfen und den Südosten besetzen, dann kann man westlicherseits nicht mehr wie bisher an der NATO-Russland Grundakte festhalten. Vielmehr geht es darum, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die unmittelbare und wirksame Abwehrkraft der Ukraine zu stärken.

Sollte die Sorge der westlichen Staaten vor einer unmittelbaren Konfrontation mit Russland diese von einschneidenden Maßnahmen abhalten, dann geben sie die Ukraine verloren.

Bisherige Sanktionen haben die Annexion der Krim nicht verhindert und schon gar nicht rückgängig gemacht. Sanktionen allein werden auch kein „Neurussland“ auf dem Gebiet der Ukraine verhindern.

Wenn man jetzt nicht massiv unterstützend eingreift, dann sind alle Deklarationen vieler Staaten in den letzten Monaten zur „freien Entscheidung der ukrainischen Bevölkerung“ bloße Worthülsen.

Die Staaten der NATO und der EU müssen erkennen, dass Russland sich selbst von einem ‚Partner‘ zum geo- und machtpolitischen ‚Widerpart‘ des gesamten übrigen Europa machen will, ja schon gemacht hat.

Anmerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Er erschien in wenig anderer Fassung erstmalig im "Behörden Spiegel newsletter" Nr. 108 am 1. September 2014.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Dr. Klaus Olshausen